

Versprochen – nicht gehalten

Eine Bilanz der Unglaubwürdigkeit der
SPD/FDP-Bundesregierung (II)

Wir setzen in folgendem die in UiD Nr. 5 begonnene Dokumentation über die leeren Versprechungen der SPD/FDP-Bundesregierung fort, mit denen sie auf allen Gebieten bei den Bürgern Erwartungen weckte, die die Leistungsfähigkeit des Staates bei weitem überstiegen. Resignation und Staatsverdrossenheit, besonders bei der Jugend, sind die Folgen dieser politischen Hochstapellei.

Arbeitsmarktpolitik

Versprochen:

„... Heute wissen wir, daß zwei Prozent Arbeitslosigkeit doch schon einhergehen mit einer erheblichen Rezession und schweren psychologischen und politischen Rückwirkungen. Wir würden also aus politischen Gründen — und als Sozialdemokrat sage ich, auch aus sozialen Gründen natürlich — 2 Prozent Arbeitslosigkeit als eine schwere Fehlentwicklung der Wirtschaft ansehen.“

(Aktuelle Fragen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Interview mit Helmut Schmidt in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 27. Juli 1972)

„Für die in unserem Lande beschäftigten Menschen besteht kein Anlaß zu ernstester Besorgnis.“

(Minister Arendt vom 27. November 1973)

„Unsere Arbeitsplätze sind sicher.“

(Regierungserklärung Schmidt vom 17. Mai 1974)

„Vorrangige wirtschaftliche Aufgabe der Bundesregierung ist die Arbeit zur Wiederherstellung und zur Sicherung der Vollbeschäftigung.“

(Regierungserklärung Schmidt vom 16. Dezember 1976)

„Ausreichende und zukunftsichere Arbeitsplätze bleiben vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Politik . . . Jeder Mann und jede Frau, die arbeiten wollen, müssen dazu die Chance haben.“

(SPD-Wahlprogramm 1980)

„... liberales Ziel ist es vielmehr, dem Arbeitssuchenden Arbeit anzubieten, die ihm persönliche Unabhängigkeit und soziale Sicherheit gibt.“

(FDP-Wahlprogramm 1980)

„An dem Ziel der Vollbeschäftigung muß festgehalten werden.“

(Regierungserklärung Schmidt vom 24. November 1980)

NICHT GEHALTEN:

1981 war das siebte Jahr mit anhaltend hoher Millionenarbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen betrug

1970 = 149 000	1979 = 876 000
1973 = 273 000	1981 = 1 272 000
1975 = 1 074 000	Schätzung für
1977 = 1 030 000	1982 = 1 700 000

Im Durchschnitt des Jahres 1981 erhöhte sich der Bestand an Arbeitslosen um 382 700 oder 43 Prozent auf 1 272 000. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,5 Prozent (1980 3,8 Prozent).

Versprochen:

„Die SPD will die aktive Arbeitsmarktpolitik auch in Zukunft fortsetzen. Sie wird die Arbeitsförderungsleistungen der Bundesanstalt für Arbeit weiter ausbauen und dadurch die beruflichen Qualifikationen der Arbeitnehmer verbessern und insbesondere Frauen bei der beruflichen Wiedereingliederung helfen.“

(SPD-Wahlprogramm 1980)

„Die berufliche Qualifikation eines jeden Arbeitnehmers ist zu fördern, und die gegebenen Möglichkeiten des Arbeitsförderungsgesetzes sind auszuschöpfen.“

(FDP-Wahlprogramm 1980)

NICHT GEHALTEN:

Im Rahmen des Zweiten Haushaltsstrukturgesetzes in Verbindung mit dem Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz hat die Bundesregierung fühlbare

Eingriffe in den Leistungskatalog der Bundesanstalt für Arbeit beschlossen. Sie umfassen insgesamt ein Volumen von rund 6 Milliarden DM. Hierzu gehören z. B. eine Begrenzung der Förderung der beruflichen Bildung und Einschränkungen im Bereich der beruflichen Rehabilitation.

Mittelstandspolitik

Versprochen:

„Auf die Dauer ist Wettbewerb ohne leistungsfähige kleine und mittlere Betriebe nicht möglich. Deshalb unterstützen wir diese kleinen und mittleren Unternehmen in ihrem Selbstbehauptungswillen.“

(Regierungserklärung Schmidt am 17. Mai 1974)

NICHT GEHALTEN:

Seit 1974 mußten über 80 000 Betriebe Konkurs anmelden. Im Jahr 1981 erreichte mit über 11 000 Insolvenzen die Pleiteflut einen neuen Nachkriegsrekord.

Inflation

Versprochen:

„... Auch in bezug auf die Preisentwicklung habe ich ein sehr sicheres Gefühl: wir haben die Inflationserwartung vollständig gebrochen. Hier sind wir eindeutig der Schrittmacher der ganzen Weltwirtschaft. Ich rechne also mit einer Fortsetzung des gegenwärtigen Trends, d. h. mit einem weiteren deutlichen Absinken der Preissteigerungsraten.“

(Schmidt, Neue Ruhr-Zeitung vom 3. Mai 1975)

NICHT GEHALTEN:

Solange die Union regierte, stiegen durchschnittlich die Ausgaben für die Lebenshaltung um nicht mehr als 2 Prozent. 1969 war das letzte „stabile“ Jahr mit 1,9 Prozent Preisanstieg. Seit SPD und FDP regieren, mußten Jahr für Jahr durchschnittlich 5,2 Prozent mehr für die Lebenshaltung ausgegeben werden. Die Inflation betrug

1970 = 3,4 Prozent	1976 = 4,3 Prozent
1971 = 5,3 Prozent	1977 = 3,7 Prozent
1972 = 5,5 Prozent	1978 = 2,7 Prozent
1973 = 6,9 Prozent	1979 = 4,1 Prozent
1974 = 7,0 Prozent	1980 = 5,5 Prozent
1975 = 6,0 Prozent	1981 = 6,0 Prozent

Energiepolitik

Versprochen:

„Angesichts der Entwicklung in den zurückliegenden Monaten ist jetzt die Installation von 20 000 MW für 1980 — dies entspricht einem Anteil an der Stromerzeugung von 25 Prozent — und 45 000 MW für 1985 erforderlich.“

(1. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 30. Oktober 1974, Drs. 7/2713).

NICHT GEHALTEN:

Das 1974 gesetzte Ziel von 20 000 Megawatt Kernkraftwerksleistung für 1980 ist nicht erreicht. Die gegenwärtige Nuklearkapazität (brutto) beträgt nur 10 252 Megawatt, — dies entspricht einem Anteil an der Stromerzeugung von 14,3 Prozent. Bis 1985 kann mit einem Leistungszugang aus im Bau befindlichen Neu- und Erweiterungsbauten von 8 625 MW gerechnet werden. Dies bedeutet, daß 1985 die Kernkraft einen Beitrag von voraussichtlich 18 877 MW leisten wird. Dies stellt eine erhebliche Verfehlung des 1974 gesetzten Zieles von 45 000 MW dar.

So muß die Bundesregierung dann auch in der am 5. November 1981 veröffentlichten 3. Fortschreibung des Energieprogramms feststellen, daß „der gegenwärtige Beitrag der Kernenergie sowie ihre Planungs- und Bauzeit nicht den energie- und industriepolitischen Erfordernissen“ entspricht (TZ 10).

Die Folgen dieser ungenügenden Energiepolitik werden deutlich. Das Leistungsbilanzdefizit wird 1981 bei ca. 25 Mrd. DM liegen, und unsere Ölrechnung wächst ständig. Die Verluste an Wirtschaftswachstum sowie die Belastung der Verbraucher sind dramatisch. Die Arbeitslosenzahl steigt, und gleichzeitig liegen Dutzende von Milliarden DM an Investitionen brach.

Umweltschutz

Versprochen:

„Die Grenzwerte für Schadstoffe aus Kraftfahrzeugen und für den Lärm der Kraftfahrzeuge sollen herabgesetzt werden. Wir werden erneut ein Verkehrslärmschutzgesetz vorlegen.“

(Regierungserklärung Schmidt vom 24. November 1980)

NICHT GEHALTEN:

Bei der Bekämpfung des Verkehrslärms zeigt sich seit Jahren die Handlungsunfähigkeit der SPD/FDP-Regierung. Die 1974 in Paragraph 43 des Bundesimmissionsschutzgesetzes der Regierung eingeräumte Ermächtigung, durch

Rechtsverordnung Lärmschutz bei Bau und wesentlicher Veränderung von Straßen und Schienenwegen sicherzustellen, läßt sie bis heute ungenutzt. Dabei hatte Bundeskanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 die Bekämpfung von Verkehrslärm noch zum Schwerpunkt der kommenden Regierungsarbeit erklärt.

Der schließlich 1978 vorgelegte Gesetzentwurf mußte eher als Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des Verkehrslärms als zur Bekämpfung von Verkehrslärm gewertet werden.

Der im Bundestag unternommene Versuch einer Nachbemessung dieses völlig unzulänglichen Gesetzentwurfs scheiterte an unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen SPD- und FDP-Fraktion.

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode stellte die Bundesregierung abermals den Lärmschutz an Verkehrswegen und Gebäuden als dringliches Ziel heraus. Die Lärmbelastung, die vom Kraftverkehr verursacht werde, mache immer noch die Hälfte der Gesamtlärmbelastung aus. In den Straßen der Städte gehe die Belastung noch darüber hinaus. Die Bundesregierung werde daher erneut ein Verkehrslärmschutzgesetz vorlegen.

Ein Jahr später wirft der von der SPD gestellte Verkehrsminister, der auch Vorsitzender der Umweltschutzkommission beim SPD-Präsidium ist, das Handtuch: Er habe die Hoffnung auf ein Gesetz zur Bekämpfung des Verkehrslärms aufgegeben. Er hält Verkehrslärmbekämpfung bis auf weiteres für unbezahlbar.

In stetig steigendem Maß hat die Bundesregierung den deutschen Kraftfahrer mit Steuererhöhungen zur Kasse gebeten. Mit diesen Einnahmen hat sie aber nur die durch Mißwirtschaft gerissenen Haushaltslöcher stopfen können; Mittel zur Lärmbekämpfung oder Entgiftung der Luft blieben dabei nicht übrig.

Kindergeld

Versprochen:

„Im nächsten Jahr gibt es wiederum mehr Kindergeld und Verbesserungen im Rahmen der Steuerentlastungen.“

(Regierungserklärung Schmidt am 24. November 1980)

„Soziale Demontage werden wir nicht zulassen. Im Gegenteil, wir wollen die soziale Sicherheit auch künftig auf soliden finanziellen Grundlagen weiter ausbauen und gerechter gestalten.“

(SPD-Wahlprogramm 1980)

NICHT GEHALTEN:

Die Kindergelderhöhung zum 1. Januar 1981 wurde zum größten Teil zum 1. Januar 1982 wieder rückgängig gemacht.

Die Erhöhung zum 1. Januar 1981 betrug für das zweite Kind 20,— DM und für das dritte und jedes weitere Kind 40,— DM. Die Kürzung vom 1. Januar 1982 beträgt 20,— DM für das zweite und dritte Kind.

Vermögensbildung

Versprochen:

„Auf der Grundlage der Eckwertbeschlüsse vom Juni 1971 zur Steuerreform und zur Vermögensbildung wird die Bundesregierung einen Vorschlag ausarbeiten, durch den breitere Schichten der Bevölkerung am Zuwachs des Produktivvermögens der Großunternehmen beteiligt werden sollen.“

(Regierungserklärung Brandt am 18. Januar 1973)

„Die Bundesregierung unternimmt ernste Bemühungen, ein Gesetz zur Vermögensbildung vorzubereiten.“

(Regierungserklärung Schmidt am 17. Mai 1974)

„... Sobald es tarifpolitisch notwendig erscheint, wird die Bundesregierung eine Ausweitung des Begünstigungsrahmens des dritten Vermögensbildungsgesetzes auf 936,— DM vorschlagen, ohne dabei die staatlichen Gesamtaufwendungen für die Sparförderung zu erhöhen. Unabhängig davon soll der Anlagekatalog des Gesetzes erweitert werden, um verstärkt auch Beteiligungen im Unternehmen zu ermöglichen und sollen die der Anwendung dieses Gesetzes auf Beteiligungsformen entgegenstehenden steuerlichen Hemmnisse beseitigt werden.“

(Regierungserklärung Schmidt am 16. Dezember 1976)

„Deshalb stellt sich im Bereich der Vermögensbildung mit unverminderter Dringlichkeit die Aufgabe, ohne eine zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte im Sinne der „Freiburger Thesen“ statt der bisherigen Förderung des bloßen Geldsparens auf eine wesentlich breitere Streuung von Direktbeteiligungen am Produktionsvermögen und am Wohnungseigentum hinzuwirken... Die FDP hält darüber hinaus an ihrem Ziel fest, langfristig auch die überbetriebliche Gewinn- und Vermögensbeteiligung weiter zu verfolgen.“

(FDP-Wahlprogramm 1980)

NICHT GEHALTEN:

Seit 1976 — Wahlen standen ja nicht unmittelbar vor der Tür — wurde es auf Regierungsseite ruhig in der Vermögenspolitik. Am 7. November 1978 gab

Staatssekretär Schlecht bekannt, daß der von der Bundesregierung angekündigte Gesetzentwurf „noch in den Mühlen der Ressortabstimmung“ stecke. Immerhin schrieb er der Koalition eindeutig ins Stammbuch, daß eine gesetzlich statuierte überbetriebliche Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer eine „Fata Morgana“ bleibt, weil sie auf nicht lösbare technische und rechtliche Probleme stößt und ordnungspolitisch bedenklich ist. Damit ist die Vermögensbildung von seiten der SPD/FDP völlig gescheitert.

Am 12. November 1980 beschloß das Bundeskabinett die Abschaffung der Sparprämien für Neuverträge und Reduzierung der Bausparförderung. Vermögenspolitische Initiativen wurden nicht ergriffen.

Jugendhilfegesetz

Versprochen:

„Wir werden ebenso in dieser Wahlperiode die überfällige Reform des Jugendhilferechts aufgreifen.“

(H. Schmidt, Regierungserklärung vom 17. Dezember 1976)

„... soll der Gesetzentwurf so schnell wie möglich im Bundestag eingebracht und möglichst noch vor der Sommerpause ... beraten werden.“

(K. Terjung, Sprecher der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion am 31. März 1981)

NICHT GEHALTEN:

Nach endlosen Verschleppungen versuchte die Regierung 1980 innerhalb der letzten zwei Monate der 8. Legislaturperiode ihren Entwurf eines Jugendhilfegesetzes durchzupeitschen. Dabei war neben inhaltlichen Fehlleistungen vor allem die Frage der Finanzierung dieses Gesetzes so mangelhaft geregelt, daß sich der Bundesrat zunächst nicht einmal in der Lage sah, den Gesetzentwurf überhaupt in die Tagesordnung aufzunehmen.

Mangelnde Kompromißbereitschaft der SPD in Fragen der Subsidiarität und des Elternrechtes führten schließlich zur Ablehnung des Gesetzes. Auch die offensichtlich voreilige Ankündigung des SPD-Fraktionssprechers ist bis heute nicht gehalten.

Renten

Versprochen:

„Die Rentenversorgung, meine Damen und Herren, befindet sich derzeit dank der Konsolidierungsmaßnahmen im Gleichgewicht.“

(H. Schmidt, Regierungserklärung vom 24. November 1980)

NICHT GEHALTEN:

Die Bundesregierung hat die Finanzen der Rentenversicherungsträger zur Manövriermasse des Bundes gemacht. Schon im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung durch die Kürzung der Bundeszuschüsse der Rentenversicherung und damit den Versicherten einen erheblichen Schaden zugefügt.

Die zeitweilige Herabsetzung des Beitragssatzes von 18,5 Prozent auf 18 Prozent, wie sie jetzt vorgesehen ist, bei gleichzeitiger Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, sowie die Übertragung der Finanzierung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte und der Beiträge für Zeiten des Mutterschaftsurlaubs beeinträchtigen die Rentenfinanzen dieses Jahres ebenfalls negativ.

Die Bundesregierung ist nach wie vor nicht bereit, an den Ursachen finanzieller Fehlentwicklungen anzusetzen, sie schließt Lücken im Bundeshaushalt zu Lasten der Sozialversicherung.

Versprochen:

„Die Bruttolohnbezogenheit bei Festsetzung der Neurenten bleibt. Es wird kein Krankenversicherungsbeitrag der Rentner eingeführt. Die Beitragssätze zur Rentenversicherung bleiben unverändert.“

(H. Schmidt, Regierungserklärung am 26. Dezember 1976)

NICHT GEHALTEN:

Die Renten wurden in den Jahren 1979 bis 1981 um 4,5 Prozent bzw. zweimal um 4 Prozent erhöht statt entsprechend der Bruttolohnentwicklung um 7 Prozent 1979, um 6,3 Prozent für 1980 und 5,8 Prozent für 1981.

Ein Durchschnittsrentner hat durch diese Rentenkürzungen der SPD eine Reduzierung seiner Rente auf Dauer um ca. 10 Prozent hinnehmen müssen.

Die Bruttolohnbezogenheit der Neurenten wurde bis 1981 ausgesetzt.

Die Rentenversicherungsbeiträge wurden ab 1981 auf 18,5 Prozent erhöht.

Ab 1. Januar 1984 wird ein Krankenversicherungsbeitrag für Rentner eingeführt, der die Rentner durch die Heranziehung von der Rente vergleichbaren Einnahmen (Versorgungsbezügen) zur Beitragszahlung in der gesetzlichen Krankenversicherung zum Teil empfindlich treffen wird.

Die Heranziehung von Betriebsrenten, Pensionen und anderen Alterseinkünften zur Beitragspflicht zur gesetzlichen Krankenversicherung bis zur Beitragsbemessungsgrenze ist ungerecht und führt letztlich zu einer Reduzierung der Alterseinkünfte von alten Menschen, die eine Betriebsrente oder Pension erhalten.